

Neue Passbild-Regelung sorgt für Aufregung

Eine Branche sieht rot

Eigentlich sollte der Referenten-Entwurf aus dem Bundesinnenministerium den Weg zu einem „Gesetz zur Stärkung der Sicherheit im Pass- und Ausweiswesen“ ebnen. Doch die darin vorgeschlagene Regelung, die Aufnahme von Passfotos nur noch unter behördlicher Aufsicht zu erlauben, geht dem Fotofachhandel ans Eingemachte. Eine massive Kampagne mit der United Imaging Group und dem BVT an der Spitze zeigt zwar bereits Wirkung, für Entwarnung ist es aber noch zu früh.

Angefangen hatte das Ganze mit einer Provokation. Vor mehr als einem Jahr beantragte eine „Aktivistin“ des nach eigenen Angaben subversiven Peng!-Künstler-Kollektivs einen Express-Reisepass. Für das dafür benötigte Foto hatte sie zwei Passbilder zu gleichen Teilen so miteinander verschmolzen, so dass mit dem Ausweisdokument nicht nur die Dame mit dem Künstlernamen Willie Hoffmann, sondern auch die hochrangige EU-Beamtin Federica Mogherini hätte reisen können. Nach Angaben von Peng! bestand der Sinn der Aktion darin, auf die angeblichen Gefahren automatischer Gesichtserkennung hinzuweisen.

Das Bundesinnenministerium reagierte allerdings nicht mit einer Abschaffung des in bestimmten Fällen erlaubten Zugriffs von Strafverfolgern, Geheimdiensten und dem Zoll auf Ausweisbilder, sondern mit dem Entwurf eines neuen Gesetzes, um der Fälschung von Ausweisfotos durch die Verschmelzung von zwei Gesichtern, auch Morphing genannt, einen Riegel vorzuschieben. Dafür enthielt der Referenten-Entwurf die Idee, die Aufnahme von Passbildern nur noch unter Aufsicht der zuständigen Behörden zu gestatten. Fotografen und der Fotohandel würden dann ein wichtiges Umsatz-Standbein verlieren.

Massive Kampagne

Nachdem der Informationsdienst Heise Online über das Vorhaben berichtet hatte, ging Michael Gleich, Geschäftsführer der United Imaging Group, sofort an die Öffentlichkeit. In einem Brief an die Mitglieder der Kooperation forderte er die Fotohändler auf, sich umgehend an ihre Bundestagsabgeordneten zu wenden, um die Verabschiedung des Gesetzes zu verhindern. Zusätzlich schrieb die United Imaging Zentrale die Bundesminister Horst Seehofer (Inneres) und Peter Altmaier (Wirtschaft) in nachdrücklicher Weise an.

Dabei verwies Gleich auch darauf, dass United Imaging bereits gemeinsam mit Herstellern von Passbild-Stationen wie VST und Silverlab, dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) und Software-Herstellern an einem Konzept

arbeite, um sichere, bruchfreie und einfache Bildübertragungen an die Passbild-Ämter zu gewährleisten.

Kurz darauf meldete sich mit dem Bundesverband Technik des Einzelhandels (BVT) ein erster Verband zu dem Thema zu Wort und betonte in einer Pressemitteilung, der BVT lehne die von der Bundesregierung geplante Änderung des Pass-Gesetzes ab. „Das geplante Pass-Gesetz vernichtet Arbeitsplätze“, zitierte der BVT sein Vorstandsmitglied Rainer Schorch, der auch Vorsitzender des Verwaltungsrats der United Imaging Group ist. „Eine Verstaatlichung des Passbild-Geschäfts wäre für jeden Fotofachhändler und seine Mitarbeiter ein Schlag ins Gesicht.“

Nach Weihnachten und Neujahr verstärkten Josef Sanktjohanser, Präsident des Handelsverbandes Deutschland, und der Vorstandsvorsitzende des Bundesverbandes Technik des Einzelhandels, Frank Schipper, den Druck auf Innenminister Horst Seehofer. Sie zeigten zwar in einem Brief Verständnis für die „Zielsetzung, Manipulationen bei der Pass- und Personalausweisbeantragung zu verhindern“, betonten aber: „Für problematisch halten wir allerdings den Ansatz, eine Zusammenarbeit von Privatwirtschaft und Behörden – mit der nach unserer Auffassung die gleichen Sicherheitsstandards realisiert werden können – von vornherein auszuschließen und eine behördliche Aufsicht bei der Aufnahme von Lichtbildern für Ausweispapiere zwingend vorzuschreiben.“ Zudem betonten Sanktjohanser und Schipper auch die Wichtigkeit des

Passbild-Geschäftes für den Fotohandel. „Da die Fotohändler mit der Erstellung der Passbilder nicht nur den höchsten Deckungsbeitrag erzielen, sondern dieser Service auch maßgeblich für Kundenfrequenz in den Geschäften sorgt, würde dieser Plan Millionenumsätze im Handel vernichten“, hieß es in dem Brief. „Angesichts der ohnehin angespannten Lage im stationären Einzelhandel stellt dies eine existenzielle Bedrohung für viele mittelständische Unternehmen dar.“

Behörden wenig begeistert

Nachdem durch die Aktivitäten der United Imaging Group und der Verbände immer mehr reichweitenstarke Medien, darunter Fernsehsender und die Bild-Zeitung, über die Passfoto-Neuregelung berichteten, meldeten sich auch die betroffenen Behörden zu Wort – und zwar durchaus mit Unmut. So sagte Andreas Meyer-Falcke, Personaldezernent der Stadt Düsseldorf, der Rheinischen Post, bei 110.000 Pass- und Ausweisunterlagen im Jahr sei allein in der nordrhein-westfälischen

Landeshauptstadt mit einem zusätzlichen Personalbedarf in Höhe von sechs Vollzeitstellen zu rechnen. Zudem kritisierte Meyer-Falcke, dass der Gesetzentwurf für eine Stadt wie Düsseldorf gerade einmal ein bis zwei Fototerminals – und damit viel zu wenige – vorsehe.

Ähnliches war auch aus anderen Städten zu hören. Denn dort, wo es, wie im Bürgerbüro Stuttgart Ost, bereits die Aufnahme-Apparate der Bundesdruckerei gibt, sind die Erfahrungen nicht gerade gut. „Mal ist das Bild zu dunkel, mal zu hell, mal zu klein, mal zu groß“, erklärte der stellvertretende Amtsleiter Dieter Biller der Stuttgarter Zeitung. „Wer zu klein ist, wird nicht erkannt vom Apparat. Außerdem gibt es Probleme mit dunkelhäutigen Antragstellern.“

Erste Erfolge

Der öffentliche Druck zeigte Wirkung. So signalisierte die CDU/CSU Bundestagsfraktion Mitte Januar ihre Bereitschaft, auf die Fotografen und den Fotohandel zuzugehen. „Unser Anliegen ist die Sicherheit, aber ganz

gewiss nicht die Verdrängung der Fotografen aus dem Passbild-Geschäft“, zitierten die Zeitungen des Redaktionsnetzwerkes Deutschland den Fraktions-Vize Thorsten Frei (CDU). Auch Bundesinnenminister Seehofer stellte wenige Tage später die Signale auf zumindest teilweisen Rückzug. Bei der Sicherheit der Identitätsdokumente dürfte es zwar keine Kompromisse geben, sagte der Minister, ihm sei aber wichtig, dass sich die Bürger in Zukunft entscheiden könnten, ob sie die Passfotos bei der Behörde oder in einem Fotogeschäft anfertigen lassen. Eine solche Wahlmöglichkeit zwischen Behörden und Fachgeschäft dürfte viele Fotohändler indessen nicht zufrieden stellen. Deshalb erklärt nicht nur UIG Geschäftsführer Michael Gleich in dieser Ausgabe von imaging+foto-contact, man müsse „dranbleiben, bis die Bedrohung endgültig vom Tisch ist.“ Auch der Bundesverband Technik appelliert weiter an den Fotofachhandel, seine Bundestags- und Landtags-abgeordneten zu aktivieren, um das Passbild-Geschäft zu retten.



Das Geschäft mit Pass- und Ausweisbildern ist für viele Fotohändler lebenswichtig. (Abb.: BMI – Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat)